



STADTGEMEINDE RETZ

Gemeinderat-Nr.
6/2016

PROTOKOLL

der

ordentlichen Gemeinderats-Sitzung

der

Stadtgemeinde Retz

über die am Mittwoch, den **20. Juli 2016**, um **19:00 Uhr**,
im Rathaus stattgefundene Sitzung des Gemeinderates

einberufen mit der Einladung vom **14. Juli 2016**

Vorsitzender:

Bürgermeister Helmut Koch

Die geschäftsführenden Gemeinderäte: Vizebürgermeister Alfred Kliegl, Walter Fallheier, Elisabeth Germann, Günther Hofer, Stefan Lang, Ing. Roman Langer, Dr. Martin Pichelhofer

Die Gemeinderäte: Gerold Blei, Karl Breitenfelder, Laura Filipisky BSc, Rudolf Hammerschmid, Kremser, Michaela Pabst, Petra Schnötzing, Robert Schweitzer, Günter Seher, Selina Siller BSc, Peter Soucek, Christine Sulzberger, Beatrix Vyhnalek, Felix Wiklicky MBA

Entschuldigt: Stadtrat Helmut Bergmann, Gemeinderat Johannes Graf, Gemeinderat Erwin Heilinger, Gemeinderat Johannes Kremser

Schriftführer: StADir. Andreas Sedlmayer, Alexandra Trausmüller

*Protokoll geändert gemäß Beschluss
der Sitzung des Gemeinderates vom 7. September 2016*

TAGESORDNUNG:

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift vom 4.7.2016
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Vereinbarung mit Landesschulrat wegen Ausbau HLT
4. Liegenschaftsangelegenheiten:
 - a) Aufnahmevereinbarung Wohnung Berggasse
 - b) Mietvertrag Verlängerung Ehepaar Kubiela, Hauptplatz 30
5. Änderungen Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan

Nichtöffentliche Sitzung:

6. Personalangelegenheiten

Bürgermeister Helmut Koch begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Es wird festgestellt, dass zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

1.

Genehmigung der Niederschrift vom 4.7.2016:

Gegen das Protokoll vom 4.7.2016 wurden seitens der Mandatäre der Liste WIR FÜR RETZ mit Schreiben vom 20.7.2016 Einwendungen erhoben.

Die schriftliche Einwendung ist dem Protokoll als Beilage A angeschlossen

Im Protokoll wurde die Genehmigung des Protokolls vom 23.3.2016 niedergeschrieben und wäre auf die „Genehmigung des Protokolls vom 8.6.2016“ abzuändern.

Weiters wird angeführt, dass die Beilage A (Dringlichkeitsantrag) des Nichtöffentlichen Protokolls den Stadt- und Gemeinderäten nicht zugegangen ist. Bisher wurden die Nichtöffentlichen Protokolle nicht versendet und waren in den Sitzungsunterlagen zur Einsicht verfügbar.

Wortmeldungen: Gemeinderat Felix Wiklicky, Stadtrat Walter Fallheier, Stadtrat Günther Hofer, Stadtrat Dr. Martin Pichelhofer.

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird die Abänderung des Protokolls vom 4.7.2016 betreffend Tagesordnungspunkt 1 „Genehmigung der Niederschrift vom 8.6.2016“ einstimmig durch den Gemeinderat genehmigt.

Weiters wird über Antrag von Stadtrat Dr. Martin Pichelhofer einstimmig beschlossen, entgegen der bisherigen Vorgangsweise, allen Mandatären auch die Nichtöffentlichen Protokolle, unter Hinweis auf das Amtsgeheimnis, elektronisch zuzustellen.

2.

Bericht des Bürgermeisters:

Der Bürgermeister berichtet,

a) dass für den städtischen Bauhof ein Transportfahrzeug für den Einsatz bei der Stadtreinigung benötigt wird.

Es wird ins Auge gefasst dafür ein Elektrofahrzeug anzuschaffen. Vorerst liegt ein Angebot über einen Renault Kangoo mit 60 PS vor. Es sollen jedoch noch weitere Angebote eingeholt werden.

b) dass ein Ehepaar um Zahlungserleichterung für die Ergänzungsabgabe bzw. die Nachverrechnung der Kanalgebühr und um eine Unterstützung für Maßnahmen zum Hochwasserschutz ersucht hat.

Dazu wird festgestellt, dass ein Nachlass bei den Ergänzungsabgaben bzw. bei den Nachverrechnungen jedoch nicht möglich ist.

Bezüglich des Hochwasserschutzes hat eine Besichtigung durch den Bürgermeister stattgefunden. Es wurden doch relativ aufwendige Hochwasserschutzmaßnahmen an der Nordseite der Liegenschaft hergestellt, wofür grundsätzlich eine Unterstützung seitens der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt werden könnte.

c) dass Stadtrat Walter Fallheier weitere Verhandlungen hinsichtlich des Bildstockes in der KG Unternalb geführt hat.

Demnach würde der Dorferneuerungsverein nunmehr einen größeren Finanzierungsanteil übernehmen, sodass der Gemeinde Restkosten von ca. € 2.000,- zufließen.

Wortmeldung: Stadtrat Walter Fallheier

d) dass seitens der NÖ Nachrichten ein Kooperationsangebot für NÖN-Leser angenommen wurde. Demnach soll am 27. und 28. August 2016 ein „1 Euro Badewochenende“ abgehalten werden. Für die Gemeinde sind damit kaum Aufwendungen verbunden. Man verspricht sich jedoch einen gewissen Werbeeffekt.

3.

Vereinbarung mit Landesschulrat wegen Ausbau HLT:

Dazu führt Bürgermeister Helmut Koch aus, dass schon seit längerer Zeit intensive Diskussionen und Verhandlungen über den Schulstandort Retz geführt werden. Nachdem die Handelsakademie in absehbarer Zeit den Schulbetrieb einstellt, wurde nun mit Vertretern des Landesschulrates eine Neuunterbringung der HLT diskutiert.

Demnach wäre vorgesehen, dass der komplette Schulbetrieb von der ehemaligen Weinbauschule in das der Stadtgemeinde gehörige HAK-Gebäude nördlich der Musikschule verlegt werden soll. Dazu ist es allerdings notwendig umfangreiche Sanierungsmaßnahmen am Gebäude durchzuführen und einen Zubau für eine Lehr- und Betriebsküche sowie Lager- und Kühlräume zu schaffen. Die Gesamtkosten dafür würden rund € 10 Mio. bis € 11 Mio. betragen.

Der Turnunterricht soll bei der Neuen Mittelschule abgehalten werden und dafür ein Kostenbeitrag (bei einem Neubau) als Mietvorauszahlung geleistet werden. Eine Kostenbeteiligung wäre auch bei der Außensportanlage denkbar.

Seitens der Gemeinde sollten für das angedachte Projekt die Parz. 1959/5, 1959/13 und 1959/14 kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung soll über den Bund im Rahmen eines sogenannten Investorenmodells erfolgen. Seitens des Landesschulrates wurde eine diesbezügliche Vereinbarung vorgelegt und vom Stadtamt mit den erforderlichen Daten ergänzt.

Wortmeldungen: Gemeinderat Felix Wiklicky, Gemeinderätin Laura Filipisky, Stadtrat Walter Fallheier, Gemeinderat Karl Breitenfelder, Gemeinderätin Michaela Pabst,

Gemeinderat Gerold Blei verlässt um 19:30 Uhr den Sitzungssaal und nimmt um 19:33 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird die vorliegende Vereinbarung einstimmig durch den Gemeinderat genehmigt.

4.

Liegenschaftsangelegenheiten:

b) Aufnahmevereinbarung Wohnung Berggasse:

Herr Rudolf Koweindl hat die Wohnung in der Berggasse 4/14 aufgelassen. Diese soll nun von Herrn Rene Katrnoska übernommen werden

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird die Aufnahme von Herrn Rene Katrnoska für die Wohnung Berggasse 4/14 einstimmig durch den Gemeinderat genehmigt.

c) Mietvertrag Verlängerung Ehepaar Kubiela, Hauptplatz 30:

Das Ehepaar Gertraude und Peter Kubiela hat um nochmalige Verlängerung des Mietvertrages für die im zweiten Obergeschoß des Hauses Hauptplatz 30 gelegene Wohnung ersucht.

Derzeit bezahlt das Ehepaar Kubiela einen monatlichen Mietzins in der Höhe von € 306,90. Dem Ehepaar Kubiela soll eine weitere Verlängerung befristet auf drei Jahre angeboten werden. Jedoch soll die Miete auf € 350,- pro Monat erhöht und jeweils durch den Verbraucherpreisindex angepasst werden.

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird eine Verlängerung des Mietvertrages für weitere drei Jahre einstimmig durch den Gemeinderat genehmigt.

5.

Änderungen Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan:

Es liegen einige Änderungswünsche und Anregungen betreffend Flächenwidmungsplan und Bebauungsplanes vor und es sollen einige Korrekturen durchgeführt werden.

a) Parz. 636, KG Unternalb – Brigitte Pröglhöf:

Frau Brigitte Pröglhöf würde gerne auf ihrem Grundstück Parz. 636, KG Unternalb einen Teil von rund 1000 bis 2000 m² von derzeit Grünland Land- und Forstwirtschaft in Bauland umwidmen lassen.

Für die betreffende Fläche ist im örtlichen Entwicklungskonzept der bestehenden Baulandgrenze eine Siedlungsgrenze festgelegt. Dies bedeutet, dass eine Erweiterung des Wohnbaulandes in Richtung Süden nicht möglich ist. Im gegenständlichen Bereich kommt zudem die Lage im Nahbereich der Eisenbahn erschwerend hinzu, da für Neuausweisungen von Bauland Lärmgrenzwerte einzuhalten sind. Auch ist gemäß Planungsbüro Emrich generell von einer „fingerartigen“ Ausweitung des Baulandes abzuraten.

Der Antrag von Frau Brigitte Pröglhöf wird über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch einstimmig durch den Gemeinderat abgelehnt.

b) Parz. 1352, KG Retz Altstadt – Franz und Maria Löscher:

Das Ehepaar Franz und Maria Löscher hat um Umwidmung der Parzelle 1352, KG Retz Altstadt von Grünland Land- und Forstwirtschaft in Bauland ersucht.

Im NÖ Raumordnungsgesetz heißt es dazu, dass Wohnbauland unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und der Siedlungsstruktur an bestehendes Siedlungsgebiet so anzuschließen ist, dass geschlossene und wirtschaftlich erschließbare Ortsbereiche entstehen.

Da die betreffende Fläche nicht im direkten Anschluss an bestehendes Bauland liegt, ist daher seitens der Aufsichtsbehörde mit keiner Genehmigung zu rechnen. Insbesondere auch deswegen, weil „Inselwidmungen“ vermieden werden sollen. Die betreffende Fläche liegt außerdem, dem örtlichen Entwicklungskonzept ersichtlich, nordwestlich einer Siedlungsgrenze. Dies bedeutet, dass eine Erweiterung des Wohnbaulandes Richtung Nordwesten nicht möglich ist.

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird das Ansuchen von Fam. Löscher einstimmig durch den Gemeinderat abgelehnt.

c) Parz. 277/2, KG Retz Altstadt – Christian Gerstorfer:

Herr Christian Gerstorfer hat mit Schreiben vom 20.6.2016 beanstandet, dass die Parz. 277/2, KG Retz Altstadt, welches sich in seinem Besitz befindet, ohne seinem Wissen zum größten Teil als Verkehrsfläche gewidmet wurde. Er wurde über diese Umwidmung nie informiert und beantragt eine Rückwidmung in Bauland-Wohngebiet. Dieses Grundstück war bereits zu Zeiten des analogen Flächenwidmungsplanes, also vor über 10 Jahren als Verkehrsfläche-öffentlich gewidmet. Im Bereich der Parz. 277/2 wurde eine Aufschließungszone BW-A6 und BW-A7 ausgewiesen. Die betreffende Verkehrsfläche dient einer künftigen Erschließung der Aufschließungszone Bauland-Wohnen – A7.

Abgesehen vom Umstand, dass die rechtsgültige Widmung schon lange besteht, ist eine Widmung des Grundstücks 277/2 zu Bauland auch nicht möglich, da sich das Grundstück zum Teil in der roten Gefahrenzone befindet.

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird dem Ansuchen von Herrn Christian Gerstorfer einstimmig durch den Gemeinderat nicht stattgegeben.

d) Parz. 1975/5, KG Retz Altstadt – Tennisclub Retz:

Auf dem Areal des Tennisclubs Retz Parz. 1975/5; KG Altstadt Retz, besteht die Widmung Bauland-Sondergebiet Sporthalle.

Es soll eine Berichtigung auf Tennisplatz bzw. Widmung für Klublokal erfolgen.

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird die Berichtigung einstimmig durch den Gemeinderat genehmigt.

e) Sonnleitenweg, KG Obernalb – Johann und Roswitha Pröglhöf:

Johann und Roswitha Pröglhöf aus Obernalb haben eine Parzellierung für ein Grundstück am Sonnleitenweg über Herrn DI Hofbauer vornehmen lassen.

Hier hat eine Abtretung bzw. Korrektur des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes zu erfolgen.

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird die Korrektur des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes einstimmig durch den Gemeinderat genehmigt.

f) ehemalige Bauschuttdeponie, KG Altstadt Retz:

Bei der ehemaligen Bauschuttdeponie am Ziegelofenareal in der KG Altstadt Retz soll eine Kenntlichmachung als Verdachtsfläche erfolgen.

Die Kenntlichmachung als Verdachtsfläche der ehemaligen Bauschuttdeponie wird über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch einstimmig durch den Gemeinderat genehmigt.

g) Anpassung Siedlungsgrenze Obernalb:

Beim örtlichen Entwicklungskonzept wird die Siedlungsgrenze am östlichen Ortsrand von Obernalb angepasst, es geht hier darum, dass im Bereich der Hochwassergefährdung keine Ausweisung als Bauland möglich ist. Aufgrund der Höhenschichtlinien wird das Bauland mit einer relativ geringen Tiefe neu definiert.

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird die Anpassung der Siedlungsgrenze in Obernalb einstimmig durch den Gemeinderat genehmigt.

h) Darstellung Bahnunterführung auf der L 1026:

Die Bahnunterführung auf der L 1026 ist derzeit noch nicht im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan dargestellt. Diese Darstellung ist in den Plänen nachzuführen.

Über Antrag von Bürgermeister Helmut Koch wird die Darstellung der Bahnunterführung im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan einstimmig durch den Gemeinderat genehmigt.

Nichtöffentliche Sitzung:

6.

Personalangelegenheiten:

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Der Bürgermeister

Der Schriftführer